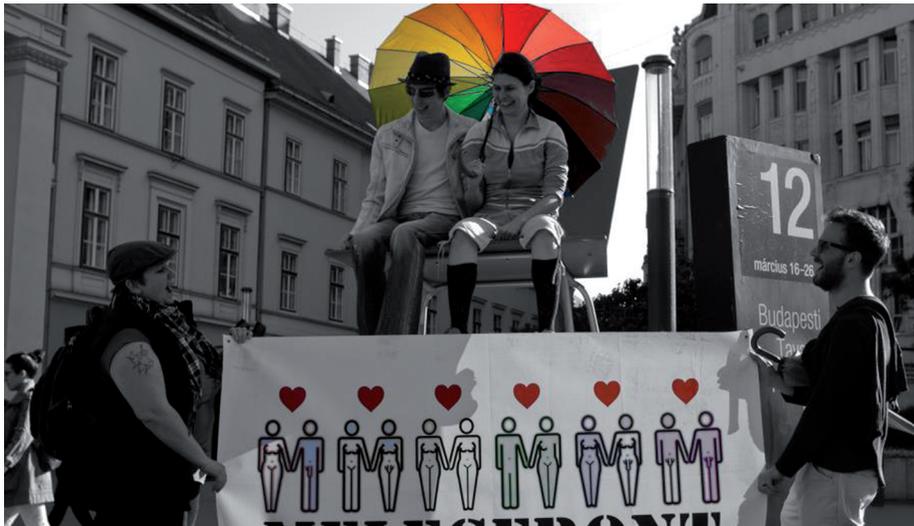


Ágnes Seregély, politische Aktivistin



Ungarn mit den Augen einer Aktivistin

Von Ágnes Seregély | Übersetzung von Edith Hanel.



Ágnes Seregély bei einem Flashmob zur Unterstützung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Für die gemeinsamen Aktionen sucht man sich auch UnterstützerInnen aus anderen Szenen.

Eine Politik der Teilnahmslosigkeit gegenüber der sozialen Situation der Bevölkerung und Fehlritte der vorherigen Regierungsparteien MSZP (Sozialistische Partei) und SZDSZ (Liberales Partei) führten dazu, dass die „konservative“ Partei (FIDESZ) jetzt eine Zweidrittel- und demzufolge absolute Mehrheit im ungarischen Parlament besitzt. Die liberale Partei existiert nicht mehr. Einige sagen, dass ihr Untergang erfolgte, weil sie zu korrupt war, andere meinen, dass die Menschen ein klares Nein zum Neoliberalismus ausgesprochen haben.

Inzwischen, nach der wirtschaftlichen Krise, ist die Armut in Ungarn sichtbar geworden. In Budapest leben immer mehr Menschen auf der Straße. Und in den Provinzen, besonders in Ost-Ungarn, ist das Leben für alle schwer geworden. Es gibt keine Arbeit und in den kleineren Dörfern fehlt jede Perspektive auf eine bessere Zukunft. Die Politiker der sogenannten „linken“ Parteien wissen nichts über das alltägliche Leben der Menschen, den damit verbundenen Notlagen und Bedürfnissen. Sie scheinen ein irrealles Bild über die Situation im Land und über die Position Ungarns in Europa zu haben – jedenfalls erreichen sie die Bevölkerung nicht. Viktor Orbán dagegen ist ein sehr begabter Politiker, der die Menschen auf

seiner Seite zieht und er hat ein klares Bild darüber, welche Position Ungarn in Europa oder in der Welt hat. Nach der Wirtschaftskrise sind in verschiedenen Ländern Bewegungen, wie die 99-Prozent-Bewegung, Occupy und die Indignados in Spanien entstanden. Viktor Orbán und die FIDESZ haben erkannt, dass der Protest der Menschen kanalisiert werden muss. So stehen wir vor der Situation, dass er (und nicht wie man glauben könnte eine „linke“ Partei) die Betriebskosten herabsetzt und in Kürze die Tarife für öffentliche Verkehrsmittel senkt. Die Richtung jedoch, in die diese nationalistische Politik führt, sehe ich als bedrohlich für unsere Gesellschaft.

Die nachfolgenden Wahlen betreffend sollte keine Illusion entstehen: Fidesz wird wieder gewählt, und entweder mit einer 2/3 Mehrheit regieren oder mit der rechtsradikalen Partei Jobbik koalieren. Und wir alle wissen, dass die zweite Möglichkeit noch schlechter ist als die erste. Dennoch erscheint es mir nicht hilfreich, Ungarn mit westeuropäischen Ländern zu vergleichen. Lösungsvorschläge aus dieser Region sind nicht nützlich, da die Gemeinsamkeiten mit mittel- oder osteuropäischen Ländern wesentlich größer sind. Während ich diese Zeilen schreibe, hat das ungarische Parlament das von den AktivistIn-

nen als „Obdachlosengesetz“ bezeichnete Gesetz bewilligt. Wir sind das einzige Land auf der ganzen Welt, das auch in die Verfassung aufgenommen hat, dass sich Obdachlose strafbar machen, wenn sie auf der Straße schlafen. Dies ist ein gutes Beispiel, wie die Regierung mit den Armen unserer Gesellschaft umgeht.

Als wir vor ein paar Monaten die Parteizentrale der FIDESZ besetzt haben, haben wir auch gegen diese Regelung protestiert. Die Antwort der FIDESZ war nicht die übliche. Sie haben die Polizei weggeschickt und eigene freiwillige „Bodyguards“ gerufen, die aus Fußball-Rowdy-Kreisen rekrutiert worden sind, und eingesetzt werden, um DemonstrantInnen abzuschrecken. So oder ähnlich wird aktuell mit Protesten umgegangen. Als AktivistInnen stehen wir zusätzlich vor der schwierigen Situation, dass soziale Themen von der extremen Rechten besetzt werden. So erscheinen zum Beispiel rechtsradikale Gruppen regelmäßig bei Delogierungen. Der Staat ist stark zentralisiert, Korruption ist alltäglich und die Politiker der FIDESZ leugnen diese Korruption auch nicht. Sie haben ohnedies den Großteil der Medien gekauft. Wenn nun diesbezügliche Ereignisse zum Vorschein kommen, dann erscheint das nur in wenigen Zeitungen und im staatlichen Radio ist nichts davon zu hören. Außerdem kommuniziert diese Partei sehr geschickt. Des weiteren gibt es aktuell in der Bildung maßgebliche Änderungen. Die schon erwähnte Zentralisierung wird vorangetrieben und in den Schulen wird ab jetzt eine eigene Schulpolizei eingesetzt, die schwänzende Kinder „notfalls“ mit Gewalt zurückbringen darf. Auch die Drogengesetze werden verschärft. Mit dieser Auflistung scheint mir unsere Regierung gut charakterisiert.

Ágnes Seregély, 31 Jahre alt, Aktivistin, lebt seit 2000 in Budapest. Organisatorin von Veranstaltungen und Demonstrationen gegen Gewalt an Frauen, kreativen Flashmobs gegen Neonazi-Bewegungen oder Solidaritätsveranstaltungen mit Armen und/oder Obdachlosen. Teilnahme mit anderen AktivistInnen aus verschiedenen Kreisen an Aktionen des zivilen Ungehorsams.